

# Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 242

Jürgen Aretz

## Die DDR – ein Unrechtsstaat?

Aufarbeitung der Vergangenheit und Versöhnung  
im wiedervereinigten Deutschland

J.P. BACHEM VERLAG

---

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen aus folgenden Bereichen:

*Kirche, Politik und Gesellschaft*

*Staat, Recht und Demokratie*

*Wirtschaft und soziale Ordnung*

*Familie*

*Schöpfungsverantwortung und Ökologie*

*Europa und Dritte Welt*

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

### Bestellungen

sind zu richten an:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Brandenberger Straße 33**

**41065 Mönchengladbach**

Tel. 021 61 / 8 15 96-0 · Fax 021 61 / 8 15 96-21

Ein Prospekt der lieferbaren Titel kann angefordert werden

### Redaktion:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Mönchengladbach**

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

---

1997

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1274-5

Gut sieben Jahre nach der Wiedervereinigung scheint in den östlichen Bundesländern ein neues Verhältnis zur DDR-Vergangenheit aufzukommen, das in der politischen Diskussion mit der Wortneuschöpfung "Ostalgie" auf den vermeintlichen Punkt gebracht wird.

Es sei dahingestellt, wieviel Ernst und wieviel Ironie in diesem Begriff mitschwingen. Ganz sicher ist diese "Ostalgie" kein Beleg dafür, daß die DDR in den neuen Ländern sozusagen "post mortem" die Zustimmung erfahren würde, die das SED-Regime vergeblich zu erreichen gesucht hatte. Diese Vergeblichkeit ist spätestens bei den Massendemonstrationen im Herbst 1989 deutlich geworden, als die Menschen zunächst mit den Transparenten "Wir sind das Volk" und wenig später "Wir sind ein Volk" zu Hunderttausenden auf die Straßen gingen.

Hinter dem Phänomen, das mit dem Begriff "Ostalgie" beschrieben wird, lassen sich ganz unterschiedliche Strömungen erkennen. Sie haben zunächst nichts miteinander zu tun, aber ihre Verbindung kann eine brisante politische Wirkung entwickeln.

Da ist zum einen das menschlich sehr verständliche Bedürfnis nach (Zurück-)Erinnern, die Besinnung auf das bis 1990 Selbst-Erlebte. Zum anderen beschreibt "Ostalgie" aber auch den Versuch, das SED/DDR-Regime zu verfremden, zu verharmlosen, zu rechtfertigen und es schließlich - etwa unter Hinweis auf vermeintliche Errungenschaften - dem wiedervereinigten Deutschland als Vorbild zu präsentieren, wenigstens aber eine moralisch-politische Gleichwertigkeit der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu konstruieren. Ein Beispiel dafür liefert Reinhard Höppner, der sein Amt als Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt der Zustimmung der PDS verdankt, die sich selbst als Nachfolgerin der SED versteht. Höppner bestreitet schlicht, daß die DDR ein Unrechtsregime gewesen sei: "Daß in der DDR Unrecht geschehen ist, wird niemand bezweifeln. Aber das zeichnet diesen Staat nicht aus. Wer wollte unterstellen, daß es in der ehemaligen Bundesrepublik kein Unrecht gegeben hätte?"<sup>1</sup>

Die Verbindung beider Strömungen ist politisch gefährlich, weil den Menschen so suggeriert wird, die Kritik an der DDR richte sich im Grunde gegen alle, die vor 1990 in diesem Staat gelebt hätten. Das ist pure Demagogie.

### **Die Wiedervereinigung - unterschiedliche Folgen in West und Ost**

Tatsächlich bedeutete die Wiedervereinigung für die Deutschen, die ihr Leben ganz oder, soweit sie zur älteren Generation gehörten, überwiegend in der DDR verbracht hatten, etwas völlig anderes als für die Deutschen in Westdeutschland. Dort nahmen die meisten die Wiedervereinigung im we-

sentlichen als Erweiterung der "alten" Bundesrepublik um ein ökonomisch und ökologisch ruiniertes Gebiet wahr, zu dem nur noch eine Minderheit im Westen engere Bindungen hatte.

Die Deutschen in der DDR erlebten die Wiedervereinigung dagegen als kaum noch erhoffte Erfüllung eines Traumes. Sehr bewußt entschied sich die einzige frei gewählte Volkskammer der DDR-Geschichte im Sommer 1990 mit überwältigender Mehrheit - und daran sollte häufiger erinnert werden - nicht für eine andere DDR, sondern für den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland. Diese Entscheidung konnte nun freilich nicht zu der schlagartigen Lösung aller Probleme führen, wie sie von manchen wenig überlegt erwartet wurde - übrigens in Ost wie in West. Die Einführung des demokratischen Rechtsstaates, einer rechtsstaatlichen Verwaltung und der Sozialen Marktwirtschaft hatte Folgen, die für die meisten Deutschen in der ehemaligen DDR bis tief in die persönliche Lebensführung reichten. Die Wiedervereinigung brachte vielfältige neue Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten mit sich, ideell wie materiell. Der Verlust praktischer Lebenserfahrungen, die man im alten System erworben hatte und die nun nicht mehr anwendbar waren, führte aber auch zu Irritationen und Unsicherheiten. Die Wiedervereinigung war von den Menschen gewollt - die Herausforderungen freilich, die auf sie zukamen, hatten die wenigsten vorausgesehen, und sie konnten wohl auch von den wenigsten vorausgesehen werden.

Die DDR hatte sich als ein Staat präsentiert, der den Bürgern durch Vorschriften und Kontrollen alle wesentlichen Entscheidungen abnahm und die Verweigerung von Freizügigkeit, freier Meinungsäußerung und anderen Grundrechten mit der Sicherung der wichtigsten materiellen Bedürfnisse und im übrigen mit den "Segnungen" einer zentral verwalteten Mangelwirtschaft lohnte. In ihr trat Arbeitslosigkeit, die heute als größtes Problem in den neuen Ländern wahrgenommen wird, nicht offen auf. SED-Chef Honecker hob selbst in kleinen Zirkeln immer wieder hervor, daß in der DDR alle Arbeit hätten. Diese "Vollbeschäftigung" und die staatliche Stützung zahlreicher Preise mußte angesichts einer systembedingt niedrigen Produktivität, die im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland nur etwa 30 % betrug, letztlich zum wirtschaftlichen Ruin führen. Daß dies tatsächlich so war, hat eindrucksvoll eine geheimgehaltene Analyse des obersten SED-Wirtschaftsplaners Gerhard Schürer im Oktober 1989 bewiesen.<sup>2</sup> Er hatte faktisch den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch der DDR binnen kürzester Zeit vorausgesagt.

Politische Nichtanpassung wurde im DDR-System, in dem angeblich niemand Not litt, drakonisch bestraft. Wer sich etwa nicht am "Falten" beteiligte, wie der Volksmund die praktisch öffentliche Stimmabgabe bei den

Volkskammerwahlen nannte, mußte Haftstrafen unter folterähnlichen Bedingungen in Kauf nehmen. Dies war keineswegs nur in den dunklen Zeiten eines Walter Ulbricht so, sondern selbst noch in den vermeintlich aufgeklärten Zeiten Erich Honeckers, wie zum Beispiel der Fall der Lehrerin Brigitte Bielke aus dem Jahr 1988 belegt.<sup>3</sup>

Dagegen schien das Leben weitgehend berechenbar, wenn man die Regeln des SED-Regimes akzeptierte, sich "einrichtete" und praktisch auf das Private zurückzog. An das Private möchten sich die Menschen auch heute zurückerrinnern können, an ihr Familienleben und ihre Pflichterfüllung im Beruf, ohne das Gefühl des Rechtfertigungszwanges gerade auch noch gegenüber Westdeutschen haben zu müssen: "Auch wir haben doch gelebt, gelacht und geweint, hart gearbeitet - das kann doch nicht alles schlecht gewesen sein!"

Wer wollte diese sehr persönliche Betrachtungsweise grundsätzlich in Zweifel ziehen? Niemand, stellt der sächsische Justizminister Steffen Heitmann fest, müsse sich dafür entschuldigen, daß er in der DDR gelebt habe und "kein Held des Widerstandes" gewesen sei: "In dem angepaßten Leben, das sich aber bestimmter Grenzen der Anpassung wohl bewußt war, steckte viel stille Verweigerung, die Anerkennung verdient. Wir haben unter einer Diktatur gelebt, das wird zu schnell vergessen."<sup>4</sup>

Zweifel an der persönlichen Betrachtungsweise sind dann angebracht, wenn "lebenswichtige Erinnerungen sich gegen alle Aufklärung über das totalitäre Wesen des Systems immunisieren (...) und aus der Erinnerung all das herausfiltern, was einen Schatten auf das eigene Leben unter der Diktatur werfen könnte".<sup>5</sup> Richard Schröder spricht von "Identitätstrotz". Diese Reaktion ist übrigens in der deutschen Geschichte so neu nicht. Schon in den fünfziger und sechziger Jahren trat dieser "Identitätstrotz" in Westdeutschland mit Begründungen auf, die merkwürdig aktuell klingen. Immerhin, so hieß es damals, habe es im "Dritten Reich" weder Arbeitslosigkeit noch Kriminalität gegeben. Die Aussage war für das NS-Regime ebenso falsch wie für das SED-Regime, auch wenn die beiden totalitären Systeme, die Deutsche in diesem Jahrhundert hervorgebracht (und erlitten) haben, nicht ohne weiteres gleichgesetzt werden dürfen.

Es kann also nicht darum gehen, das private (Er-)Leben der Menschen in der DDR moralisch oder politisch grundsätzlich in Frage zu stellen - dieses Recht kommt jedenfalls Westdeutschen am allerwenigsten zu. Sie sollten sich vielleicht vorstellen, Deutschlands geographische Lage wäre nach 1945 um 180 Grad gedreht gewesen und die Sozialismuserfahrung hätte sie getroffen. Ob die Westdeutschen dem politischen Druck besser widerstanden hätten?

Steffen Heitmann ist zuzustimmen, wenn er sagt, daß sich unter dem SED-Regime keiner völlig dem Versuch der Vereinnahmung habe entziehen können, wenn er nicht das Gefängnis hätte riskieren wollen. "Aber diese Tatsache rechtfertigt nicht, diejenigen, die das System bewußt und aktiv getragen haben, und diejenigen, die sich ihm gezwungenermaßen angepaßt haben, in einen Topf zu werfen. Genau auf dieses Mehr oder Weniger kommt es an. Es ist eine Mißachtung der Opfer und der stillen Verweigerer, wenn sie zu einer fiktiven grauen Masse von DDR-Bewohnern verrührt werden."<sup>6</sup>

Weitergehende grundsätzliche Fragen sollten jenen vorbehalten bleiben, die in der DDR für Menschen- und Bürgerrechte eingetreten sind. Nicht wenige haben dafür einen hohen Preis zahlen müssen, wurden aus der Lebensbahn geworfen und konnten die erlittenen ideellen Schäden und materiellen Nachteile bis heute nicht überwinden, während ehemalige Regimeträger lukrative Positionen in der Wirtschaft bekleiden oder ungestört ihre Renten verzehren und in manchen Fällen sogar noch das besondere Medieninteresse finden.

### **DDR-Bedingungen und westdeutsche Sichtweisen**

Es geht vielmehr darum, die Bedingungen wieder in das Gedächtnis zu rufen, unter denen das Leben stattgefunden hat, wie das SED-Regime seine Macht aufrecht erhalten hat. Diese Erinnerung ist im gesamten wiedervereinigten Deutschland notwendig. Im Herbst 1998 werden junge Menschen an die Wahlurnen treten, die die dramatischen Ereignisse von 1989/90 als Zehnjährige erlebt haben. Selbst manche jungen Eltern, deren Kindheit in die DDR-Zeit fiel, haben heute keine konkrete Vorstellung mehr von dem SED-Regime und sehen es in der Erinnerung auf die Ferienzeltlager der FDJ reduziert.

Die umfassende Erinnerung ist aber von dem generationsspezifischen Aspekt abgesehen noch aus anderen Gründen dringend geboten: Im Westen, weil Politiker und Medienvertreter die Menschenrechtsverletzungen der DDR ignorierten und bis zuletzt groteske Fehleinschätzungen verbreitet haben. Der Mitherausgeber der ZEIT, Theo Sommer, schrieb noch 1986 über die DDR: "Es herrscht Bewegung statt Stagnation, die Zaghaftigkeit hat einer selbstbewußten Gelassenheit Platz gemacht, das Grau weicht überall freundlichen Farben, die niederdrückende Trübsal ist verflogen, vor allem wirkt das Land bunter, seine Menschen sind fröhlicher geworden" - so als ob die berüchtigten Zuchthäuser Bautzen und Hoheneck, als ob Mauer und Schießbefehl, Bespitzelung und Verfolgung nicht DDR-Realität, sondern Erfindungen

"bürgerlich-politischer Greuelpropaganda" in Westdeutschland gewesen wären.

Im Osten ist diese Erinnerung an die DDR-Realität notwendig, um jenen entgegenzuwirken, die einen Schlußstrich unter die Aufarbeitung des Unrechtsregimes fordern, wenn die Verantwortlichen für Tötungsdelikte und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu vergleichsweise milden Haftstrafen verurteilt werden. Es gehört schon eine hochentwickelte Verdrängungsfähigkeit dazu, wenn Egon Krenz, der letzte SED- und Staatschef der DDR, von "Siegerjustiz" spricht, statt sich der Tatsache zu stellen, daß er und seine Genossen von der eigenen Bevölkerung davongejagt wurden.

Eine Feststellung ist im Zusammenhang mit den Urteilen jedenfalls notwendig: Krenz wurde wegen seiner Mitverantwortung für Tötungen an der Berliner Mauer zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt. In der DDR wurde seinerzeit die junge Chemikerin Gisela Mauritz wegen "versuchter Republikflucht" und der "illegalen" Suche nach ihrem aus politischen Gründen zwangsadoptierten Sohn zu insgesamt sechs Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Sie mußte diese Haft vollständig verbüßen. Einen Vergleich der Haftbedingungen wollen wir uns an dieser Stelle versagen.<sup>7</sup>

Jene, die einen Schlußstrich ziehen möchten, wollen im übrigen auch vergessen machen, daß es die Volkskammer der DDR gewesen ist, die in konsequenter Fortsetzung der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 im Sommer des darauffolgenden Jahres die Verfolgung der SED-Verbrechen in rechtsstaatlichen Verfahren wollte. So ist es dann im Einigungsvertrag festgeschrieben worden. Wer etwas anderes will, möchte das Rad der Geschichte zurückdrehen oder eine neue Spaltung in Deutschland provozieren zwischen jenen, die die freiheitliche demokratische Grundordnung dieser Bundesrepublik Deutschland als Grundlage unseres Gemeinwesens wollen, und denen, die diese Ordnung nicht mittragen, auch wenn sie sich aus taktischen Gründen nicht offen gegen sie stellen.

Tatsächlich hängen sie dem untergegangenen DDR-System nach - und weit genug entfernt von deutscher Wahrnehmung demonstriert man das auch offen. Bei den sozialistischen Weltjugendfestspielen in Kuba 1997 waren die alten Symbole wieder zu sehen: Schalmeien-begleitete FDJ- und DDR-Fahnen. Das ist mehr als nur Sozialismus-Folklore. Eine Befragung unter PDS-Mitgliedern in Rostock, einer der Hochburgen der SED-Fortsetzungspartei, ergab, daß über 50 % der PDS-Mitglieder die repräsentative Demokratie für eine verkappte Form der Herrschaft des Kapitals halten, fast 80 % sehen in ihr eine vorläufige Staatsform und lediglich 6 % können sich mit ihr anfreunden.<sup>8</sup>

## Feuer und Wasser

Die prinzipiellen Unterschiede zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR lassen sich eben nicht relativieren, wie es Reinhard Höppner getan hat. In dem "ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden" ging es nicht allein um ein gescheitertes Wirtschaftssystem oder ein "Weniger" an persönlicher Freiheit. Die DDR war ideell wie materiell ein qualitativ anderer Staat. Wenigstens in diesem einen Punkt hatte Erich Honecker recht: Die beiden Systeme vertrugen sich wie Feuer und Wasser.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gibt den freiheitlichen Rahmen, in dem die Vertreter verschiedener politischer Konzepte demokratisch wetteifern, ohne den Rahmen grundsätzlich in Frage zu stellen. Der Verfassung übergeordnet ist die Idee von vorstaatlichen Menschen- und Grundrechten, die jedem von Natur gegeben sind. Die Konsequenz aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus ist der Verfassungsgrundsatz: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Eine "Überordnung" gab es auch in der DDR-Verfassung - allerdings zog man ganz andere historische Konsequenzen. Der erste Artikel der Verfassung definierte den Staat DDR als ein Herrschaftsinstrument der SED - sie war die höchste Instanz, und sie verband diesen Rang mit einem ideologischen Wahrheitsanspruch. Folgerichtig konnten auch die in der DDR-Verfassung zugebilligten Grundrechte nur solange in Anspruch genommen werden, als ihre Wahrnehmung nicht dem Staatsziel - also dem Sozialismus - zuwiderlief.

Die DDR hatte die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen unterzeichnet, aber wer das dort garantierte Grundrecht auf Meinungsfreiheit ausüben wollte, um eine von der Staatsideologie abweichende Auffassung zu vertreten, verstieß in der Logik des SED-Regimes gegen die staatliche Ordnung und mußte bestraft werden. Jede Opposition war in der DDR verfassungsrechtlich ausgeschlossen. Die Opposition aber, so formulierte es der der Arbeiterbewegung eng verbundene Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel, ist das konstitutive Element der Freiheit, und wer das Recht auf Opposition verweigert, entzieht jeder Freiheit die Grundlage. Kann ein Staat ohne Freiheit ein Rechtsstaat sein?

Im wahrsten Sinne des Wortes gegen die Grundmauern des DDR-Staates stieß, wer das Grundrecht auf Freizügigkeit (UN-Charta, Artikel 13) in Anspruch nehmen wollte. Die DDR verweigerte dieses auch in späteren Menschenrechtspakten zugesicherte Recht und stempelte Ausreisewillige zu Außenseitern und diejenigen, die nachdrücklich auf ihrem Ausreisantrag beharrten, zu Kriminellen. "Grenzbrecher", wie man in der DDR-Sprache diejenigen nannte, die über die Mauer in die Bundesrepublik fliehen wollten,

waren zu "vernichten". Nach aktuellen Schätzungen müssen wir davon ausgehen, daß etwa 900 Menschen den Versuch, die DDR zu verlassen, mit dem Leben bezahlt haben: Sie wurden erschossen, von Minen zerfetzt, sind in der Ostsee ertrunken oder auf andere Weise um ihr Leben gebracht worden.

Vor diesem Hintergrund bleibt auch im Rückblick eines Jahrzehnts die Behandlung der "Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter" durch westdeutsche Politiker schwer nachvollziehbar. In Salzgitter wurden Menschenrechtsverletzungen an der innerdeutschen Grenze von Staatsanwälten erfaßt. Als Erich Honecker im Rahmen der "Geraer-Forderungen" die Auflösung von "Salzgitter" verlangte, stellten nach und nach die der SPD angehörenden Ministerpräsidenten die Finanzierung der Erfassungsstelle ein - darunter heute noch amtierende Länderregierungschefs. Die Opfer des DDR-Regimes haben das mit Unverständnis begleitet; auf eine Entschuldigung für diese Mißachtung ihres Schicksals warten sie bisher vergeblich.

### **SED-Herrschaft und sozialistisches Recht**

Höchstes Machtorgan im SED-Staat ist das SED-Politbüro gewesen; dort sind alle wesentlichen politischen Entscheidungen getroffen worden. Durch die totale Instrumentalisierung des Staatsapparates hat das Politbüro Aufbau, personelle Zusammensetzung und Aufgabenstellung aller für Sicherheitsfragen zuständigen Organe bestimmt und gesteuert. In politischen Prozessen mußten die Gerichte ihre Urteile vor Verkündung dem Politbüro vorlegen, und oft genug wurde dort das vorgeschlagene Strafmaß erhöht. Damit war der politischen Willkür Tür und Tor geöffnet, und zwar ohne Bruch der Verfassung: Die DDR-Verfassung erkannte der SED dieses Recht in ihrem ersten Artikel mittelbar zu. Wer den systembedingten Unrechtscharakter des SED-Regimes in Kenntnis dieses Zusammenhanges bestreitet, handelt unredlich oder intellektuell unzureichend.

Die DDR, die sich als Herrschaftsinstrument einer einzigen Partei definierte, kannte folgerichtig weder unabhängige Gerichte noch eine andere Art von Gewaltenteilung. "Sozialistische Gesetzlichkeit und Rechtspflege" war der entsprechende DDR-Verfassungsabschnitt überschrieben. Zweifel über die politische Gesinnung der Richter konnten nicht aufkommen: "Richter kann nur sein, wer dem Volk und seinem sozialistischen Staat treu ergeben ist" (Artikel 94 DDR-Verfassung) und der "Kommentar" - im Klartext: Die Interpretations- und Gebrauchsanweisung - des Strafgesetzbuches der DDR wurde selbstverständlich durch das SED-gelenkte Justizministerium herausgegeben.

Unabhängig von der Rechtspraxis stand also schon die Rechtstheorie der DDR in einem unüberbrückbaren Gegensatz zur Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland, auch wenn zum Teil vordergründig dieselben Begriffe verwandt wurden. Allerdings war niemand in der DDR gezwungen, Richter oder Staatsanwalt zu werden. Wer diesen Beruf wählte, hat sich freiwillig in den Dienst eines Unrechtssystems gestellt und oft in einer Weise "Recht" gesprochen, die jeder Menschlichkeit spottet.

Manche von ihnen verweisen heute auf die Gesetze der DDR und behaupten, daß sie nicht anders hätten handeln können. Damit machen sie es sich zu einfach. Sie waren aufgrund einer persönlichen Entscheidung in diesem Beruf tätig und im günstigsten Fall nicht mutig genug - das Strafrecht der DDR, die so sehr um internationale Anerkennung bemüht war, schloß zumindest theoretisch die Berufung auf einen Befehlsnotstand aus: "Auf Gesetz, Befehl oder Anweisung kann sich nicht berufen, wer in Mißachtung der Grund- und Menschenrechte handelt; er ist strafrechtlich verantwortlich" (§ 95 StGB DDR).

Den Richtern war bekannt, daß die DDR die internationalen Konventionen zum Schutz der Menschenrechte - von der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen bis zur KSZE-Schlußakte - unterzeichnet hatte. Im Gegensatz zu den "durchschnittlichen" Deutschen in der DDR hatten sie auch Zugang zu diesen Texten. Ehemalige DDR-Richter und -Staatsanwälte können sich daher heute schlecht auf den Befehlsnotstand berufen. Im Zweifelsfalle hätten sie ihr Amt aufgeben können - bisher aber ist nicht ein einziger entsprechender Fall bekannt geworden.

"Das sozialistische Recht der Deutschen Demokratischen Republik dient der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft", heißt es in der Präambel des Strafgesetzbuches der DDR. Zu diesem Zweck wurden besondere Straftatbestände konstruiert und Strafrahen angedroht, die für freiheitliches und rechtsstaatliches Denken nicht nachvollziehbar sind.

Wer etwa Personen, Menschenrechtsinitiativen oder Gefangenenhilfsorganisationen im Westen über seinen Ausreisewunsch unterrichtete, lief Gefahr, wegen der Weitergabe von "der Geheimhaltung nicht unterliegende(n) Nachrichten zum Nachteil der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik" (§ 99 StGB DDR) verurteilt zu werden. Der Strafrahen reichte bis zu zwölf Jahren Haft.

In der Spätphase der DDR wagten es einige Ausreisewillige, ein "A" als Kürzel für die beantragte Ausreise in den Westen an den Fenstern ihrer Wohnungen anzubringen. Damit machten sie sich der "Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit" (!) oder gar der "staatsfeindlichen Hetze" schuldig: "Wer die verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesell-

schaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik angreift oder gegen sie aufwiegelt, indem er Schriften, Gegenstände oder Symbole zur Diskriminierung der gesellschaftlichen Verhältnisse von Repräsentanten oder anderen Bürgern herstellt, einführt, verbreitet oder anbringt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu acht Jahren bestraft. Vorbereitung und Versuch sind strafbar" (§ 106, 1 und 3 StGB DDR). Wer dabei mit Organisationen oder Personen zusammenwirkte, "deren Tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtet ist" - womit Organisationen in der Bundesrepublik gemeint waren, die sich kritisch zur DDR geäußert hatten - mußte mit bis zu zehn Jahren Haft rechnen (§ 106, 2 StGB DDR).

"Widerrechtliches Passieren der Staatsgrenze", wie Flucht und Fluchtversuch offiziell genannt wurden, konnte "in schweren Fällen" mit bis zu acht Jahren Haft bestraft werden (§ 213, 3 StGB DDR). Ein schwerer Fall lag z. B. vor, wenn "die Tat zusammen mit anderen begangen wird" (§ 213, 5 StGB DDR) - selbst wenn Freunde oder ein Ehepaar zusammen fliehen wollten. Schon die Vorbereitung der Flucht, etwa der Kauf einer Landkarte des Grenzgebietes, konnte zu einer Haftstrafe führen. Der Versuch, Menschen beim Verlassen der DDR zu helfen, war - ohne daß ideelle Motive entlastend gewesen wären - wegen "staatsfeindlichen Menschenhandels" mit einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe bedroht. Die DDR wandte gegen politisch Andersdenkende alle nur denkbaren willkürlichen und unmenschlichen Maßnahmen an. Wer mißliebiger war, konnte in kleine Orte fern der bisherigen Arbeitsstätte und der Familie verbannt, die Ausübung des Berufes verboten oder praktisch unmöglich gemacht werden. Den Kindern wurde der Besuch weiterführender Schulen verwehrt. "Das Unrecht war tägliche Praxis."<sup>9</sup>

Ihren perfiden Höhepunkt erreichte die "sozialistische Rechtsstaatlichkeit", wenn den Eltern oder Müttern die Kinder weggenommen wurden, weil sie deren Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit nicht gewährleisteten. Etliche dieser zwangsadoptierten Kinder sind von ihren Müttern bis heute nicht wiedergefunden worden, andere waren ihnen nach der langen Zeit der Trennung völlig entfremdet.<sup>10</sup>

## **Stasi und Bespitzelung**

Wichtigstes Herrschaftsinstrument der SED, im offiziellen Partei-Deutsch "Schirm und Schild der Partei", war das "Ministerium für Staatssicherheit" (MfS), die "Stasi". Im Dienst der Stasi standen 1989 91.000 hauptamtliche und 174.000 Inoffizielle Mitarbeiter (IM). Sie kontrollierten knapp 17 Millionen Deutsche in der DDR, Kleinkinder und Greise eingerechnet. Auf die

Bevölkerung des wiedervereinigten Deutschland hochgerechnet würde ein solches Spitzelsystem etwa 1,3 Millionen Mitarbeiter haben müssen.

Stasi-Spitzel gab es im übrigen auch in der alten Bundesrepublik - mehrere zehntausend Westdeutsche waren als IM tätig. Andere arbeiteten ohne förmliche Verpflichtung willfährig mit den "DDR-Staatsorganen" zusammen, um z. B. Geschäftsbeziehungen zu sichern. Auf diese Weise ist u. a. der Fluchtversuch des Kellners Jens Nordt verraten worden.<sup>11</sup>

Von der Bespitzelung durch die Stasi war in der DDR kein Lebensbereich unberührt - ob Arbeits- oder Ausbildungsplatz, Schule, Freizeit, nicht zuletzt der häusliche und familiäre Bereich vieler, die in das Blickfeld der Stasi geraten waren. Ihr besonderes Interesse richtete sie auf Intellektuelle, Künstler, Öko- und Friedensinitiativen sowie den kirchlichen Bereich. Wer in irgendeiner Form verdächtig schien, wer West-Kontakte pflegte, Kritik übte oder gar einen Ausreiseantrag stellte, konnte der Bespitzelung nicht entgehen. Bis in die Zeit des SED/PDS-Parteichefs Modrow, unter dem sie lediglich einen neuen Namen erhielt, blieb die Stasi ein Instrument permanenter Überwachung und Bedrohung.

Spitzel gab es in der DDR überall, und der Stasi gelang es sogar, Freunde und Verwandte der Überwachten für ihre Dienste zu gewinnen. Erpressbarkeit wegen kleinerer "Vergehen", die Drohung mit Nachteilen für die Familie, das Ausnutzen menschlicher Schwächen und nicht zuletzt ideologische Überzeugung halfen bei der Anwerbung. Selbst Ehepartner und kirchliche Vertrauenspersonen sind von der Stasi erfolgreich angeworben worden.

Die Stasi ist meist aus "aktuellem" Anlaß tätig geworden, aber es hat auch langfristig angelegte Aktionen gegen Mißliebige gegeben. In der Privatwohnung und am Arbeitsplatz der Observierten wurden Abhörgeräte installiert. Die Überwachung war umfassend, kein technischer Aufwand und kein Personaleinsatz wurde gescheut: Man folgte den "Zielpersonen" ggf. mit mehreren Fahrzeugen, verfolgte sie bei ihren Fahrten mit dem Privatauto oder der Eisenbahn. Peinlich genau protokolliert wurde sogar, wieviel Kaffee sie unterwegs tranken. Briefkästen, in die ein Verdächtiger Post eingeworfen hatte, wurden sofort geleert. Briefe wurden geöffnet, Telefone abgehört - richterliche Überprüfung und Datenschutz sind westliche Erfindungen. Wer der Stasi aufgefallen war, mußte mit totaler Kontrolle rechnen.

Schon lange vor dem Ende des SED-Staates plante die Stasi in zahlreichen Orten Internierungslager einzurichten. Dort sollten diejenigen eingesperrt werden, die bereits mit dem System in Konflikt geraten waren oder als mögliche Oppositionelle galten. Für ihre Behandlung wird in den Stasi-Unterlagen, welche die Gauck-Behörde rekonstruieren konnte, der Ausdruck "Li-

quidierung" gebraucht. Der Verlauf der Ereignisse hat die Umsetzung solcher Pläne unmöglich gemacht.

Nach der Maueröffnung am 9. November 1989 haben die Verantwortlichen im wörtlichen Sinne viele Kilometer Akten vernichtet. In der Gauck-Behörde lagern noch hunderte Säcke mit zerkleinerten Akten, deren Rekonstruktion langsam, aber stetig voranschreitet. Viele Opfer warten noch auf die Aufklärung ihres Schicksals - und die Namen der Täter.

## **Haft und Abschreckung**

Politische Häftlinge standen in der DDR auf der untersten Stufe der "sozialen Leiter" aller Gefangenen: Einsperrung in völlig überfüllte Zellen unter unsäglichen hygienischen Bedingungen, Verweigerung ärztlicher Hilfe, die Zusammenlegung mit kriminellen Schwerverbrechern, die offenkundig durch das Wachpersonal bevorzugt wurden. Weibliche Gefangene erfuhren eine besonders menschenunwürdige Behandlung - bis hin zur Kontrolle durch männliches Wachpersonal bei intimen Verrichtungen. Der Kontakt mit anderen Häftlingen war gerade den "Politischen" verboten, der Kontakt mit der Außenwelt strikt reglementiert. Ob Briefe von Angehörigen zugestellt wurden, lag in der Willkür des Wachpersonals.

Bei der Arbeit - oft wurden Produkte für westdeutsche Versandhäuser gefertigt (!) - waren die geforderten Normen unerreichbar hoch angesetzt, und dies unter Arbeitsbedingungen, die keine Rücksicht auf die Gesundheit der Gefangenen nahmen. Unzureichendes und in manchen Fällen ekelerregend aufbereitetes Essen, Ungeziefer in den Zellen, körperliche und seelische Mißhandlungen und nur sehr selten ein Wärter, der noch eine Spur Menschlichkeit erkennen ließ - das war der jahrelange Alltag von Menschen, die sich nach rechtsstaatlichen Normen nicht das geringste hatten zuschulden kommen lassen.

Die politischen Häftlinge richteten ihre ganze Hoffnung darauf, daß sie von der Bundesregierung "freigekauft" würden. Dieses "Geschäft", das alle Bundesregierungen seit den frühen sechziger Jahren praktizierten, ist oft kritisiert worden. Die Kritik sollte berücksichtigen, daß es keine andere Möglichkeit gab, das Elend der politischen Häftlinge in der DDR abzukürzen. Für viele bedeutete der Freikauf Schutz vor weiteren körperlichen oder seelischen Schäden.

Die Anwälte in der DDR führten in "politischen" Fällen meist nur eine formale Verteidigung und nahmen die Anschuldigungen der DDR-Staatsanwaltschaft inhaltlich widerspruchslos hin. Eine Verteidigungsvorbereitung gab es oft nicht, vielfach fand zwischen Verteidiger und Angeklagtem vor Prozeß-

beginn nicht ein einziges persönliches Gespräch statt. Die Beteiligten wußten, daß die SED-Justiz ganz selbstverständlich ihre Gespräche abhören ließ und damit eine wirksame Verteidigung praktisch ausschloß. Aber auch dies erklärt für die damaligen Angeklagten bis heute nicht das Verhalten ihrer "Verteidiger", von denen manche, wie wir heute wissen, mit der Stasi zusammenarbeiteten. Die meisten dieser Verteidiger finden sich im wiedervereinigten Deutschland als zugelassene Rechtsanwälte wieder, weil ihnen individuelles Unrecht nicht zweifelsfrei nachzuweisen ist.

Die SED hatte ein System aufgebaut, dessen Abschreckung lange Zeit ausreichte, um oppositionelle Ansätze, die über individuelles Aufbegehren hinausgingen, gar nicht erst aufkommen zu lassen. "Nicht die Mauer erhielt den Sozialismus am Leben", formulierte der frühere Bürgerrechtler Arnold Vaatz, "sondern die Tatsache, daß über die Mauer nicht frei gesprochen werden durfte." In dem Maße, in dem sich alle an dieses Tabu hielten, war es auch nicht mehr nötig, "daß die Diktatur ihre abschreckendsten Foltergeräte ständig gebrauchte".<sup>12</sup>

Manche Beobachter im Westen zogen aus dieser Entwicklung realitätsferne Schlüsse wie der zitierte Theo Sommer, und das Beispiel Reinhard Höppner zeigt, daß längst nicht alle Deutschen in der DDR die Zusammenhänge erkannten, die Vaatz treffsicher formuliert hat. Die "Foltergeräte", die hinter der schöner werdenden Fassade angewandt wurden, waren in ihrer Wirkung für die Betroffenen verheerend genug. Viele ehemalige politische Häftlinge leiden bis heute unter den schweren seelischen und körperlichen Schäden, die sie damals erlitten haben. Ihre Richter, die oft genug die Urteile aus den Anklageschriften abschrieben, die Staatsanwälte, die Kriminalpolizisten und nicht zuletzt die Stasi-Spitzel sind meist ohne Bestrafung davongekommen.

### **Aufarbeitung und Versöhnung**

Vielleicht ist es der zentrale Fehler des Wiedervereinigungsprozesses, daß zu viele Medienmacher, Publizisten, Intellektuelle und Politiker in Ost und West unter partieller Ausblendung der Vergangenheit mit der PDS reden oder gar politische Geschäfte mit ihr machen, das Gespräch mit den Opfern des SED-Regimes und ehemaligen Bürgerrechtlern aber meiden sie wie der Teufel das Weihwasser.

Kann so der Weg zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und zur Versöhnung aussehen? Nach dem erstinstanzlichen Urteil im sogenannten Politbüro-Prozeß gegen Krenz u. a. wurde bereits von einem denkbaren Ende des Aufarbeitungsprozesses gesprochen und davon, daß der Blick nach vorne gerichtet werden müsse.

Selbstverständlich löst nicht allein der Blick zurück die geistigen und materiellen Probleme, die wir individuell und gemeinschaftlich in unserem wiedervereinigten Land bewältigen müssen. Aber wir dürfen auch nicht den Blick vor den Ursachen dieser Probleme verschließen. Wir müssen z. B. darüber reden, warum Menschen unter haftbedingten Traumata leiden.

Es gibt Verantwortliche, es gibt (Mit-)Täter und es gibt Opfer. Die Versöhnung, die alle Menschen guten Willens wollen, setzt aber nicht in erster Linie ein relativierendes Verständnis für die Täter voraus, sondern die Wahrheit und ein Zeichen der Täter gegenüber den Opfern. Schon wird eine Amnestie gefordert. Auf die vorherige umfassende Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit zu verzichten hieße, die Amnestie auf eine politische DDR-Amnesie zu bauen. Vielleicht können manche in diesem Land eine Amnestie auf die Hoffnung gründen, daß alle belastenden Stasi-Akten rechtzeitig vernichtet wurden. Damit begründen sie aber sicher nicht den Anspruch auf Wahrhaftigkeit und Versöhnung.

Von einem Bekenntnis der Verantwortlichen sind wir aber weit entfernt. Günter Schabowski ist bislang der einzige SED-Spitzenpolitiker, der sich wenigstens zu seiner moralischen Schuld bekannt hat. Kein einziges Mitglied der SED-Nomenklatura hat bisher zur Aufdeckung von Unrecht beigetragen. Wäre dies nicht eine angemessene Voraussetzung für eine Amnestie? Die beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages über die Aufarbeitung der SED-Diktatur<sup>13</sup> konnten wichtige Erkenntnisse fördern sowie Grundlagen schaffen und Anstöße geben. Die Forschungsergebnisse müssen auch Eingang finden in die Curricula unserer Schulen - die SED/DDR-Geschichte ist ein Teil der deutschen Geschichte, die unverkürzt in allen Bundesländern unterrichtet werden muß.

Die Breitenwirkung der DDR-Forschung ist um so wichtiger, als in unserer Öffentlichkeit ein ganz unzutreffendes Bild des SED-Regimes zu entstehen droht. In manchen Fernseh-Talkshows wird unter Mitwirkung führender PDS-Politiker ein DDR-Bild gezeichnet, das wesentliche Teile der sozialistischen Realität ausblendet und Unbestreitbares auf das Fehlverhalten einzelner verkürzt. Fazit: Nicht der Sozialismus ist gescheitert, sondern die damalige SED-Spitze. Für manchen westdeutschen Journalisten hat diese Version den Vorzug, daß fragwürdige DDR-Darstellungen aus der Zeit vor 1990 nicht grundsätzlich revidiert werden müssen. Dabei wird billigend in Kauf genommen, daß die Opfer der SED/DDR-Diktatur in den Medien des wiedervereinigten Deutschland noch einmal zu Verlierern werden.

Es wäre ein großer Irrtum anzunehmen, daß die ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Regime eine zeitlich begrenzte Angelegenheit sein könnte. Das ist eine Aufgabe über die Zeit hinaus. Auch künftige Generationen müs-

sen wissen, was Mauer und Schießbefehl bedeuteten, welches Elend unschuldige Menschen in Haftanstalten wie Hoheneck oder Bautzen erlitten haben, und sie müssen wissen, daß im Namen des Sozialismus gefoltert und getötet wurde.

Die Aufklärung über Unrechtssysteme - unter welchen ideologischen Vorzeichen auch immer - kann vielleicht dazu beitragen, weitere Wiederholungen in Deutschland und Europa zu verhindern. Ganz sicher aber werden die Menschen in unserem Land ohne diese Aufarbeitung nicht zueinanderfinden. Das gilt auch und gerade für diejenigen, die gemeinsam in der DDR gelebt haben.

## **Anmerkungen**

- 1 Magdeburger Volksstimme, 29. März 1997.
- 2 Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, 27. Oktober 1989. Geheime Verschlusssache ("Schürer-Papier"); abgedruckt in: Deutschland-Archiv 10/92, S. 1112 - 1120.
- 3 Brigitte Bielke - Wahlenthaltung führt zu Stasi-Haft, in: Jürgen Aretz/Wolfgang Stock, Die vergessenen Opfer der DDR. 13 erschütternde Berichte mit Original-Stasi-Akten. Bergisch-Gladbach 1997, S. 140 - 183.
- 4 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Oktober 1993.
- 5 Lothar Probst, Wer ist die PDS?, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. September 1997.
- 6 Wie Anm. 4.
- 7 Gisela Mauritz - Ein Kind wird zwangsadoptiert, s. Anm. 3, S. 48 - 77.
- 8 Wie Anm. 5.
- 9 Angela Merkel, War die DDR ein Unrechtsstaat?, Leipziger Volkszeitung vom 29. Mai 1997.
- 10 Vgl. dazu: Gisela Mauritz - Ein Kind wird zwangsadoptiert, s. Anm. 3, S. 48 - 77.
- 11 Jens Nordt - Mißglückte Flucht mit dem Eisenbahnwaggon, s. Anm. 3, S. 204 - 215.
- 12 Arnold Vaatz, Fünf Jahre danach. Sonde 3 - 4, 1995, S. 27 - 35.
- 13 Der Deutsche Bundestag hatte in der 12. Legislaturperiode eine Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" eingerichtet, deren Ergebnisse in einer neunbändigen Edition (18 Teilbände) vorliegen (Baden-Baden 1995). In der 13. Legislaturperiode (1994 - 1998) ist eine Enquete-Kommission mit dem Untersuchungsauftrag "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" tätig.

## **Zur Person des Verfassers**

Dr. Jürgen Aretz, Leiter des Arbeitsstabes neue Länder im Bundeskanzleramt, Bonn.